

# Entschließung zur Tarifbewegung 2002

der Delegierten- und Vertrauensleutevollversammlung der Verwaltungsstelle Frankfurt

verabschiedet am 23. 11. 2001

---

## **Gute Gründe für ein Ende der Bescheidenheit . Gegen eine sogenannte „differenzierte - erfolgsabhängige“ Lohnpolitik !**

---

Seit Jahren geht es bei den Reallöhnen und Gehältern rückwärts. Das Jahr 2001 mit einer Preissteigerung deutlich über den Tariferhöhungen hat die Kaufkraft der Beschäftigten deutlich geschwächt. Damit fehlen dringend notwendige Impulse für Wachstum und Beschäftigung.

### **Auch deshalb muss die Umverteilung auf die Tagesordnung.**

Der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen ist auf das Niveau der 50er Jahre zurückgegangen und die Vermögensverteilung wird immer ungerechter: Die Reichen werden immer reicher, die Armen ärmer und zahlreicher. Doch wenn Gewerkschaften auch nur wenige % fordern, heulen Arbeitgeber und Medien laut auf. Von Unternehmern geforderte Kapitalrenditen von 10, 15 oder 30% werden hingegen als selbstverständlich akzeptiert. Selbst die Verdreifachung der Managergehälter innerhalb weniger Jahre wird ohne Aufschrei hingenommen.

Dass Unternehmer und ihre Verbände, ihre Lautsprecher in Medien und Politik gegen jede nennenswerte Erhöhung trommeln, ist "normal", und für Gewerkschaftsmitglieder nichts neues. Dass aus den Gewerkschaftsspitzen gelegentlich mit kräftigen Lohnforderungen gedroht wird, das ganze aber nach dem nächsten Treffen beim Kanzler wieder vergessen scheint, hat mit den *Interessen unserer Mitglieder* nichts zu tun. Wer die Durchsetzungs- und Bindekraft der Gewerkschaften stärken *und* den Mitgliederschwund stoppen will, braucht keine Millionen für PR-Agenturen, sondern vorzeigbare tarifpolitische Erfolge. **Die Forderungshöhe, und mehr noch ein vorzeigbarer Abschluss, haben nach Jahren des Reallohnverlustes für die Glaubwürdigkeit *und* Zukunft der IG Metall hohe Bedeutung. Um dieses Ziel zu erreichen ist ein Konzept für eine kämpferische und erfolgreiche Tarifrunde 2002 erforderlich!**

**Für ein solches Konzept sind nach unserer Auffassung folgende Eckpunkte notwendig:**

- Die Rück-Umverteilung zu Gunsten der Löhne und Gehälter steht auf der Tagesordnung! Eine Lohnforderung steht an, die sich aus Preissteigerung + Produktivitätsfortschritt + Umverteilungskomponente errechnen muss.
- Die Forderung für die Tarifrunde 2002 muss deutlich über der des Jahres 2000 liegen, als Prozent und als Mindestbetrag. Der bisherige Diskussionsstand der Frankfurter Betriebe geht bis € 250,00 bzw. 10 %.
- Die Laufzeit des Tarifvertrages soll 12 Monate betragen. Die Ausbildungsvergütungen sind überproportional anzuheben.
- Eine Kompensation von Tariferhöhungen mit den Ansprüchen auf bestehende Betriebsrenten der privaten Altersversorgung durch den Betrieb (Metallrente o. ä.) darf nicht geschehen.
- Der bevorstehende Beschluss über Forderungshöhe- und Struktur muß nach demokratischer innergewerkschaftlicher Meinungsbildung erfolgen. Öffentliche Vorfestlegungen einzelner „Spitzen-Gewerkschafter“ sind nicht hilfreich, schwächen uns und stärken unsere Gegner. Das gleiche gilt auch später für den Tarifabschluss.
- Lohn- und Gehaltspolitik im Flächentarifvertrag muss auch in Zukunft Unterbietungskonkurrenz der Beschäftigten verhindern und ihre materiellen Lebensbedingungen angleichen. Tarifpolitische Konzepte, die gewerkschaftliche Lohnpolitik „verbetrieblichen“, oder ertragsabhängig machen wollen, konterkarieren diese Ziele, und werden deshalb von uns entschieden abgelehnt. Dies gilt auch für die von Klaus Zwickel und Berthold Huber öffentlich vorgetragenen „Überlegungen“ zu sogenannten „variablen ertragsabhängigen Tarifforderungen und Abschlüssen“.
- Diese - unserer Meinung nach - falschen „Strategien“ schwächen die IG Metall. Mit einem solchen Ansatz wird der Solidargedanke der Tarifverträge ausgehöhlt. Die Starken werden die Schwachen nicht mehr mitziehen können. Abschlüsse werden sich dann, das ist absehbar, an der unteren Marge orientieren.
- Solche Differenzierungskonzepte dürfen deshalb nicht Bestandteil unserer Tarifpolitik werden – auch nicht in der Tarifrunde 2002.